

Die Hygiene-Ausstellung in Berlin.

Die feierliche Eröffnung der Hygiene-Ausstellung zu Berlin hat am 12. Mai 2 Uhr Nachmittags durch den Kronprinzen in Stellvertretung der erhabenen Protektorin des Unternehmens, Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin, stattgefunden.

Es ist bekannt, daß dieses Unternehmen durch die Initiative zweier Privatvereine, des »Deutschen Vereins für Gesundheits-technik« und des »Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege«, ursprünglich angeregt worden, welche einen zunächst provisorischen Ausschuß ins Leben riefen, um den sich gar bald eine Zahl hervorragender Männer aus allen Ständen scharte. Das Unternehmen war außer Frage gestellt, als unsere Kaiserin das Protektorat desselben zu übernehmen geruhte. Rasch fortschreitend stand es am 12. Mai 1882 unmittelbar vor der Vollendung, als eine Feuersbrunst das Ausstellungsgebäude mit einem großen Theil des werthvollen Inhalts zerstörte. Allein durch die Munizipalverwaltung unseres Kaisers, durch die Zuwendungen der Stadt Berlin, durch die reichlichen Zeichnungen zum Garantiefonds sah sich der Centralausschuß in kurzer Zeit in den Stand gesetzt, für ein massives Ausstellungsgebäude eine Konkurrenz auszuschreiben. So hat am Jahrestage jenes Brandes durch vereinte Anstrengungen das Unternehmen ins Leben treten können in einem Gebäude, welches vielleicht in der Ausstellungsbaukunst, für welche es eine neue Richtung einschlägt, Epoche machen wird.

Es ist hier nicht der Ort, den mannigfaltigen Inhalt der Ausstellung einzeln zu besprechen. Nur eine kurze Betrachtung allgemeiner Natur möge gestattet sein.

Von unermesslicher Mannigfaltigkeit, wie die menschliche Berufsarbeit, ist auch die Gefahr, welche Leben und Gesundheit des Menschen bei der Arbeit aufsucht. Die Ausstellung giebt eine Uebersicht der mannigfaltigen Mittel, mit denen bewundernswerther Scharfsinn diesen verschiedenartigen Gefahren zu begegnen sucht. An diese Schutzmittel reihen sich die Heilvorrichtungen und Heilapparate, an diese wiederum die ganz allgemeinen, das Leben ohne Rücksicht auf die besondere Beschäftigung betreffenden Vorkehrungen für die Gesundheit.

Wer auf alle diese Dinge einen raschen Blick wirft, könnte zu dem tröstlichen Gedanken geführt werden, daß mit der Höhe der Kultur der Werth und die Hochachtung des Lebens gestiegen sei, wie die Mannigfaltigkeit sinnreicher Mittel für seinen Schutz, seine Rettung und Erhaltung beweise. Es kann nur eine sehr schmerzliche Empfindung sein, wenn einem solchen Aufschwung des Gedankens die Erinnerung lähmend entgegentritt, wie Mord und Selbstmord in unserer Zeit in einer bedauerlichen, zuweilen einen epidemischen Charakter annehmenden Weise verbreitet sind. Wenn die Ursachen dieser überaus traurigen Erscheinung wirtschaftliche und moralische sind, so wird jeder Besucher der Ausstellung, der sich dieser Gedankenreihe nicht entzieht, aufs Neue die Pflicht unserer Zeit erkennen müssen, einerseits den Organismus des Wirtschaftslebens zum Gegenstand des Studiums und der öffentlichen Fürsorge zu machen, andererseits die moralischen Kräfte in allen Theilen der Nation zu heben.

So möge die Ausstellung neben dem erhebenden Eindruck des Reichthums menschlicher Kunstfertigkeit, welche sich hier in den Dienst der Menschenliebe gestellt findet, deren Anwendung oftmals sogar die Einsetzung des Lebens für das Leben fordert, wie zahlreiche Rettungsapparate zeigen, auch den Ernst der Pflicht mit neuer Eindringlichkeit einprägen, dem Leben den inneren und äußeren Grund zu schaffen, auf welchen die mannigfaltigen gefahrvollen, aber durch sinnreiche Apparate der Lebensbewahrung geschützten Berufe erst die Sicherheit des Zweckes und den Lohn des Erfolges gewinnen können.

Zu den Etatsberathungen des Reichstages.

Der Beschluß, die Berathung des Etats für das Jahr 1884/85 nach einer seit dem Jahre 1866 auch in Preußen nicht mehr angewendeten Methode vorzunehmen, ist wesentlich das Ergebnis der Unterstützung gewesen, welche die national-liberale Partei, den Fraktionen des Fortschritts und der sog. liberalen Vereinigung (Sezession) geleistet hat. An der Verhandlung, welche zu diesem Resultate führte, nahm man von national-liberaler Seite keinen hervorragenden Antheil. Die Unkosten wurden zum überwiegend größten Theil von Rednern derjenigen liberalen Parteien bestritten, welche aus ihrer Abneigung gegen das durch die Kaiserliche Botschaft verfolgte Ziel kein Hehl machten und zu denen die Nationalliberalen rückfichtlich ihrer Auffassung der sozialpolitischen Aufgaben unserer Gesetzgebung sonst im Gegensatz gestanden hatten. Eine Milde- rung dieses Gegensatzes war während des Ganges der vorhergegangenen Verhandlung nicht nur nicht versucht, sondern es war im Gegentheil von fortschrittlich-sezessionistischer Seite mit kaum dagewesener Schärfe hervorgehoben worden, daß es die Erreichung eines von dem Reformprogramm der Botschaft durchaus verschiedenen Zieles gelte. In dieser Rücksicht bot der von dem Abgeordneten Dr. Bamberger am 5. d. M. gehaltene Vortrag ein besonderes Interesse, weil er auf die prinzipielle Bedeutung der begonnenen Etatsberathung ebenso ausführlich einging wie auf diejenige der Sozialreform. Mit einer Unumwundenheit, die Freunden einfacher und klarer Rechnungen nur willkommen sein kann, gab der genannte Abgeordnete die Erklärung ab, daß er und seine Freunde nach wie vor den »Parlamentarismus«, d. h. eine Regierung, »welche der Ausdruck der Mehrheit der Volksvertretung ist«, anstreben und als das Ziel unserer Entwicklung ansehen. Diese Erklärung erscheint doppelt schätzbar, nachdem noch im Sommer v. J. von liberaler Seite wiederholt ausgesprochen worden war, daß die der liberalen Partei zugeschriebene Absicht, ein parlamentarisches Mehrheits-Regiment aufzurichten, Nichts weiter als eine böswillige Erfindung, ein von der »Reaktion« an die Wand gemaltes Schreckgespenst sei. Der sezessionistische Redner hat sich darauf aber nicht beschränkt. Er hat das nunmehr allen Zweifeln entrückte Programm des fortschrittlichen Liberalismus noch dadurch vervollständigt, daß er die Absicht aussprach, die in der Kaiserlichen Botschaft angekündigte Sozialreform und zugleich die Anschauung zu bekämpfen, nach welcher die Regierung durch den Erlaß des Sozialistengesetzes die Verpflichtung auf sich genommen hat, die Förderung und Unterstützung der wirtschaftlich Schwachen zu ihrer Angelegenheit zu machen. Vom Standpunkt des Abgeordneten Bamberger und seiner Freunde erscheint das durchaus logisch und konsequent. Die Partei, in deren Namen der Parlamentarismus verlangt wird, will die Regierung in einen Ausschuß der Mehrheit verwandeln und mit Hilfe derselben ihre Interessen und Auffassungen zur obersten Richtungschnur der Politik machen. Dieser Auffassung nach sind Versuche zur Lösung der sozialen Frage ebenso aussichtslos, wie Versuche zur Auf- findung des »Steins der Weisen«, Unterscheidungen zwischen Arbeitern und Nichtarbeitern sinnlos und unberechtigt, — andere sozial-politische Reformen als diejenigen einer verbesserten Armenpflege überhaupt nicht vorhanden. — Hat deutlicher überhaupt gesagt werden können, daß soziale Reform und fortschrittliche Parlamentsherrschaft einander ausschließen, und daß die wichtigste aller von dem heutigen Geschlechte geforderten Reformen entweder von dem Königthum durchgeführt oder so lange hingehalten werden wird, bis sie sich gegen das Königthum und gegen die Partei des Parlamentarismus gewaltsam durchsetzt?

Die Verdienstlichkeit dieser Klarstellung ist bereits im Verlauf der am 5. d. M. abgehaltenen Sitzung von dem

Finanzminister gehörig gewürdigt worden. Was sie von dem Abgeordneten Bamberger und dessen Freunden und was sie von der Regierung zu erwarten haben, wissen die Wähler seitdem mit der gehörigen Genauigkeit. Die Frage, welche Partei zur Zeit als die zur Herrschaft berechtigte Mehrheitspartei anzusehen sei, hat der Redner, obwohl die Frage von dem Minister Scholz ausdrücklich an ihn gerichtet wurde, be- dauerlicher Weise unbeantwortet gelassen. Daß es die große, angeblich durch zahlreiche gemeinsame Interessen verbundene liberale Partei nicht sein könne, wird trotz des Votums von 7. Mai nicht angenommen werden können. Ueber den tiefgehenden Unterschied, der zwischen sezessionistisch-fortschrittlichen und nationalliberalen Anschauungen besteht, ist die Nation nicht nur durch den Gang der früheren Verhandlungen des Reichstages, sondern auch durch verschiedene im Lauf dieser Debatten ausgetauschte Erklärungen belehrt worden, die an Deutlichkeit hinter denjenigen des Abgeordneten Bamberger nicht zurückstehen. Wenige Stunden vor Beginn der Reichstagsitzung, von welcher hier die Rede ist, hatte der nationalliberale Landtagsabgeordnete Lauenstein die Grenzen, durch welche er und seine Freunde von den Parteien weiter links getrennt sind, so scharf wie überhaupt möglich und u. A. durch die Worte bezeichnet, »daß er es für besser halte, verständigen Anregungen der Regierung als unverständigen Anregungen der im Fahrwasser der Fortschrittspartei segelnden Sezessionisten zu folgen«. — Noch aussichtsloser als der Gedanke, so heterogene Elemente zu einer dauernd »organischen Mehrheit« zu verschmelzen, dürfte aber das Unternehmen sein, die unter dem Eindruck der letzten, von allen besonnenen Theilnehmern gleich peinlich empfundenen parlamentarischen Vorgänge stehenden Wähler für ein System zu begeistern, das die Träger dieser Vorgänge zu Inhabern der höchsten Staatsgewalt machen will. Das eigene Verhalten der oppositionellen Parteien hat dafür Sorge getragen, daß die Nation weiß, wenn ein Zustandekommen der ihrem Abschluß entgegengehenden gesetzgeberischen Arbeiten zu danken sein wird und wenn nicht, und was den gemachten Erfahrungen nach von der Aufstellung zu halten ist, »wir würden parlamentarisch werden oder gar Nichts sein«. Lehrt doch gerade die neueste Geschichte, daß die Voraussetzungen für das System, von dessen Annahme unsere Zukunft abhängen soll, nie vollständiger gefehlt haben als eben jetzt, und daß die dringendsten Zeitaufgaben unerfüllt geblieben wären, wenn die nationale Bedeutung der deutschen Krone sich darauf beschränkte, »daß der König kein Unrecht thun kann«. Die Einsicht in das Wesen der von der Kaiserlichen Botschaft verkündigten Reform ist in so unaufhaltsamem Vorschreiten begriffen, daß die Parteien, welche dieser Kundgebung Widerspruch entgegenzusetzen versuchten, Schweigen über dieselbe als das bessere Theil erwählt haben und daß der Bruch dieses Schweigens von ihnen selbst kaum mehr als Gewinn angesehen wird. Und das mit gutem Grunde. Inmitten einer Arbeit, die wesentlich aus der Initiative der Regierung hervorgegangen ist und angesichts einer Mehrheit, deren Zusammensetzung sich fründlich verändert, wird das Verlangen, die Regierung solle »den Weg gehen, welchen ihr die Mehrheit des Reichstages vorzeichnet«, kaum anders, wie als Aufforderung zum sozialpolitischen und in der Folge auch zum politischen Stillstande angesehen werden können. Läuft der Namens des »parlamentarischen Systems« gefasste Beschluß, die Etatsberathung einer Art der Behandlung zu unterziehen, welche für rechtzeitige Erledigung derselben nur wenig Aussicht übrig läßt, — läuft dieser Beschluß doch thätlich auf einen Versuch hinaus, die von der Kaiserlichen Botschaft gewünschte Beschleunigung der sozialpolitischen Arbeiten des Reichstages zu hemmen und auf einem Gebiete »Zeit zu gewinnen«, auf welchem bereits all zu viel Zeit verloren worden ist.

Dieses Verhältniß ist durch die Reden des Abgeordneten Bamberger und seiner Freunde mit der nöthigen Ausführlichkeit klar gestellt worden. Die Nation hat dadurch in Erfahrung gebracht, daß die Begründung der Parlamentsherrschaft nach wie vor das Ziel des fortschrittlichen Liberalismus bildet und daß der erste Gebrauch, der von dieser Herrschaft gemacht werden soll, in der Hemmung der von der Regierung angestrebten Sozial-

reform bestehen soll. Mindestens bis zur Feststellung darüber, welche Partei eigentlich die zur Uebernahme der Regierung berechtigte Mehrheit bildet, soll auf dem wichtigsten Gebiete des öffentlichen Lebens lediglich dem freien Spiel der Kräfte Raum gelassen und im Uebrigen die Nation mit der Versicherung beruhigt werden, »daß der König kein Unrecht thun könne«.

Zwischen diesem Programm und demjenigen der Kaiserlichen Botschaft besteht ein so klarer und deutlicher Gegensatz, daß die Wahl für Niemand mehr zweifelhaft sein kann.

Die Ablehnung des Holzzolles.

Der Reichstag hat am 8. Mai die vom Bundesrath beantragte Erhöhung des Zolles auf Bau- und Nutzholz mit 178 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

Die Presse der Opposition verfehlt nicht, über diese neue sogenannte »Niederlage« der Regierung das in der neueren Zeit üblich gewordene Triumphgeschrei anzustimmen. Diese triumphirende Presse vergift, daß negative Abstimmungen zwar augenblickliche Maßregeln verhindern, aber nicht Fragen aus der Welt schaffen können, welche durch die Natur der Dinge immer wieder aufgedrängt werden.

Eine solche Frage ist die nach der Erhaltung des deutschen Waldes.

Es gehört ein hoher Grad von Selbstverblendung des Parteigeistes dazu, um hinter dieser Frage weiter nichts, als das Geldinteresse der Besitzer großer Waldflächen erkennen zu wollen.

Der deutsche Wald ist zum Theil in den Händen des Staats, zum Theil in den Händen von Gemeinden und zwar überwiegend ländlichen Gemeinden, zum Theil gehören große Waldungen auch Privatbesitzern hier aus dem Stande der Aristokratie, dort des Gewerbes, zahlreiche kleine Waldparzellen endlich sind in den Händen kleiner bäuerlicher Besitzer. Allein schon diese Theilung des Waldeigenthumes macht die Verdächtigung unbegreiflich, daß die Erhöhung des Nutzholzzolles im Interesse der aristokratischen Grundherren betrieben werde. Indes, möchte es sich mit dem Waldbesitz wie immer verhalten, so kann doch am wenigsten die Freihandelschule leugnen, daß an einen Besitz, dessen Rente unaufhaltsam sinkt, der Besitzer aufhören wird, Erhaltungskosten zu wenden. Damit wäre der Untergang des deutschen Waldes ausgesprochen und einem unermesslichen nationalen Schaden der Weg geöffnet. Die Einführung eines noch immer in sehr mäßigen Grenzen bleibenden Nutzholzzolles war gewiß das leichteste Mittel, diesen Schaden abzuwenden.

Die Majorität des Reichstages hat dieses Mittel nicht gewollt, aber sie hat damit die Frage nach der Erhaltung des Waldes nicht beantwortet. Zwar sind Stimmen laut geworden mit der Behauptung: der erhöhte Zoll würde zur schnellen Verwerthung des Holzbestandes und damit zur Waldverwüstung geführt haben; aber diese Stimmen sind kaum ernst zu nehmen. Wo der Wald ein, wenn auch mäßig, doch sicher rentirendes Kapital darstellt, wird kein verständiger Waldwirth um eines einmaligen Gewinnes willen das Kapital zerstören. Auch würden sich dagegen wohl Vorkehrungen treffen lassen.

Inmerhin ist zu konstatiren, daß auch die Gegner des Holzzolles sich für Freunde des Waldes erklärten; womit doch wohl gesagt sein sollte, daß ihnen die Erhaltung des Waldes wünschenswerth, vielleicht unumgänglich erscheint. Wenn dies der Fall, so muß die Erfahrung bald lehren, ob die Erhaltung des Waldes bei der jetzigen Höhe des Zolles gesichert ist, und ob, wenn dies nicht der Fall, die jetzt abgelehnte Maßregel der Zollerhöhung noch ausreichend sein wird oder andere Maßregeln zu ergreifen sind.

So hat die jetzige Abstimmung in jedem Fall nur eine aufschiebende Bedeutung, und zwar nicht deshalb, weil die verbündeten Regierungen und die Leitung der Reichsgeschäfte auf jeder einmal eingebrachten Vorlage bestehen, sondern weil die Forderungen der nationalen Wohlfahrt sich immer wieder geltend machen und die Frage erneuern: wie ist der deutsche Wald zu erhalten?